

Rich, Arthur, *Glaube in politischer Entscheidung*. Zürich-Stuttgart, Zwingli-Verlag, 1962. 8°, 208 S. - Kart. DM 18,50; Ln. DM 24,—.

Die Fragen einer politischen Ethik nehmen in der protestantischen sozioethischen Literatur einen breiten Raum ein. Hans Asmussen, Heinz-Dietrich Wendland, Karl Barth, Helmut Thielicke, Walter Künneth, Georg Wünsch, Georg Wehrung, Heinz Zwicker — um nur einige zu nennen —, vor allem auch die »Zeitschrift für evangelische Ethik« stellen immer wieder auch die Frage nach dem »heilsökonomischen Standort des Staates« und der politischen Verantwortung des Christen. Im besonderen haben sich auch die EKD und deren Gliedkirchen wiederholt in mehr oder weniger offiziellen Erklärungen zu Fragen der politischen Ethik geäußert. Um diese Fragen geht es nun auch im vorliegenden Werk, in dem Arthur Rich, Professor für systematische Theologie an der Universität Zürich, eine Reihe von bereits veröffentlichten Aufsätzen zu einem Sammelband vereinigt hat.

Die für eine christliche politische Ethik entscheidenden Grundfragen nach der Stellung des Staates wie überhaupt der Gesellschaft im Heilskosmos und nach der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung des Christen behandelt Rich vor allem in den beiden Aufsätzen »Die institutionelle Ordnung der Gesellschaft als theologisches Problem« (113ff.) und »Die Verantwortung des Christen für Staat und Politik« (133ff.). Die Position Richs ist die reformatorische. Dabei unterscheidet sich aber Rich von Helmut Thielicke im entscheidenden Ansatzpunkt. Geht Thielicke von einer »totalen gegenseitigen Durchdringung von Schöpfung und Sünde« aus, »die es verbietet, den gefallenem Aon noch von Schöpfungsordnungen bestimmt zu sehen« (*Theologische Ethik*, II, n. 1080; siehe auch sein Werk *Die evangelische Kirche und die Politik*, 1954), und dämonisiert er damit geradezu die Schöpfung und ihre Ordnungen, ist Rich mit Ernst Wolf der Auffassung, »daß die durch Christus erfolgte Entmachtung der dämonischen Mächte

dazu befreit, den Staat in seiner »Welthaftigkeit« als Aufgabe menschlichen Handelns im Gehorsam gegen Gottes Gebote anzunehmen«. Die politische Aufgabe des Christen umfaßt nach Rich zweierlei: er hat einmal dafür einzustehen, daß »der Staat nichts anderes als Staat und damit nichts anderes als eine menschlich-weltliche Größe bleibt«; zum anderen hat er »dahin zu wirken, daß der Staat seine Macht dazu gebraucht, unter den gegebenen Bedingungen . . . die rechtlichen und sozialen Grundlagen für ein mitmenschliches Leben zu schaffen«. Damit »ruft der Christ den Staat zu seinem eigentlichen Geschäft und betätigt er die ihm aufgetragene kritische Funktion« (150ff.). Die »Liebe des Glaubens« hat »kritisch zu prüfen«, ob das wirtschaftliche, rechtliche und soziale Leben des Staates »auf Mitmenschlichkeit zielt« (126ff.).

So ist das Verhältnis des Christen bzw. der Kirche zum Staat als ein »Gegenüber« zu begreifen. Dann aber »kann das Ja der Kirche zum gegebenen Staat . . . nicht untätigen Gehorsam bedeuten«, vielmehr handelt es sich bei dem dem Staat geschuldeten Verhalten nur mehr um einen »Unterstellungsakt«. Damit beantwortet sich nach Rich auch die Frage nach dem rechten Staat. »Derjenige Staat ist rechter Staat, der von seinen Bürgern keinen Gehorsamsakt verlangt, also nicht den Herren über die Seelen spielen will, sondern der nur loyales Sich-ihm-Unterstellen fordert, um das gesellschaftliche Dasein des Menschen vor dem Absturz ins Chaos zu bewahren und so Raum für mitmenschliche Existenz im Bereich des Politischen zu schaffen« (148, 160).

Auch diese Konzeption einer politischen Ethik gründet in der reformatorischen Grundauffassung, daß die Sünde in der Schöpfung und ihren Ordnungen ein solches Ausmaß von Verderbnis hervorgerufen hat, daß diese überhaupt keine göttlichen Züge mehr an sich tragen. Sie läuft auf eine Säkularisierung der Schöpfung und ihrer Ordnungen und damit auf den Deismus und eine liberale Trennung von Kirche und Welt hinaus. Ein solches Heils- und Weltverständnis aber führt, wie Hans Asmussen gegenüber »solchen Versuchen« der barthianischen Theologie bemerkt, »konsequenterweise zu einem Dualismus, in welchem der eigentliche christliche Glaubensinhalt aus der Welt herauskomplimentiert wird. Das Heil wird von der Schöpfung getrennt, als sei der Schöpfergott ein anderer als der Erlösergott« (*Der Christ in der politischen Verantwortung*, 1961, 15).

Demgegenüber betonen in einer der katholischen Auffassung nahekommenden Weise Georg Wünsch, Georg Wehrung und Heinz

Zwicker wieder mehr die biblische Wahrheit von der Anakephaliosis und der den Christen zur Aufgabe gestellten Durchdringung der Welt und ihrer Ordnungen mit den Kräften des Gottesreiches, daß die ganze Schöpfung in den Kosmos der Erlösung hineingenommen ist und daß die Christen allen irdischen Ordnungen Anteil an der Gottesherrlichkeit zukommen lassen sollen, daß, wie Wehrung schreibt, »die Schöpfung und ihre Ordnungen den gläubigen Menschen brauchen, um wirklich zur Sinnerfüllung und umfassenden Verwirklichung zu gelangen« (*Welt und Reich*, 1952, 83). So weiß sich der Christ dem Staat verpflichtet, nicht nur weil er seiner »als einer profanen Handhabe mitmenschlichen Lebens in der gesellschaftlichen

Wirklichkeit des Daseins« (Rich, 150) oder zu seiner eigenen Existenz oder als bloßer »Ordnungsmacht« (Walter Künneth, *Politik zwischen Dämon und Gott*, 1954) bedarf, auch nicht nur deshalb, damit »die rechtlichen und sozialen Grundlagen für ein mitmenschliches Leben« gesichert sind, sondern weil ihm die Inanspruchnahme dieser Welt und ihrer Ordnungen für Gott aufgegeben ist (2 Kor 5,19f.), er also gerufen ist, auch den Staat zu seiner wirklichen Sinnerfüllung zu führen. Eine nur immanente Betrachtung des Staates als einer bloß »menschlich-weltlichen Größe« vermag daher weder dem Staat selbst noch der dem Christen aufgetragenen Verantwortung für denselben gerecht zu werden.

München

Rudolf Lange